

Dokumentation

Außenpolitik

Karsten Giese

Wen Jiabaos Charmeoffensive in Japan

Die Pressekommentare der internationalen Medien zum Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao in Japan Mitte Februar waren voll mit frühlingshaften Metaphern. Hätte der japanische Premier Abe mit seiner Antrittsreise nach China (und Südkorea) das Eis zwischen Tokyo und Beijing gebrochen, so habe Wen nunmehr Tauwetter eingeleitet. Hintergrund dieser Einschätzung sind die offensichtlichen Bemühungen Wen Jiabaos, in der japanischen Öffentlichkeit ein positives Bild der chinesischen Regierung zu zeichnen.

Bereits in der letzten Phase der Amtszeit von Abes Vorgänger Koizumi waren aus Beijing Signale ausgesendet worden, die deutlich machten, dass man die Beziehungen zu Japan vorsichtig verbessern wollte. Dem bekannten Muster folgend machte man Koizumi allein zum Sündenbock für den japanischen Kriegsrevisionismus, um dann mit seinem Nachfolger unbelastet ins Gespräch zu kommen. Regierungswechsel bieten so aus chinesischer Sicht hervorragende Wendepunkte für belastete bilaterale Beziehungen. Abe hatte diese Signale richtig gedeutet, bisher seinerseits auf den Besuch des Yasukuni-Schreins verzichtet und seine erste Auslandsreise als Premier nicht nach Washington, sondern nach China und Südkorea unternommen.

Wen Jiabao war auf seinem Staatsbesuch – der erste eines ranghohen Regierungsvertreters seit sieben Jahren – nun allseits bemüht, eine positive Atmosphäre zu schaffen. In einer sowohl in Japan als auch in China vom Fernsehen live übertragenen Rede vor dem japanischen Parlament bemühte sich Wen um die Betonung der Gemeinsamkeiten und spielte Trennendes wie die japanischen Kriegsgräuere geschickt herunter, wobei er jeden behelrenden Ton und jeden Hinweis auf konkrete Beispiele vermied. In der ersten derartigen Rede eines chinesischen Politikers seit 20 Jahren erklärte Wen Jiabao, auch das japanische Volk sei Opfer des Zweiten Weltkrieges, und die Schuld an der damaligen japanischen Militäraggression hätte lediglich eine Handvoll Militaristen getragen. Er akzeptierte öffentlich die von Tokyo mehrfach geäußerten Entschuldigungen, forderte aber – wenn auch in milden Worten – zu Taten auf. Beifall erhielt Wen auch für seinen öffentlichen Dank an Japan für dessen Hilfe und Unterstützung bei der Öffnung und Modernisierung Chinas, was das chinesische Volk Japan nie vergessen werde.

Auch seine Lektion in Public Diplomacy hatte Wen Jiabao als Ministerpräsident des inzwischen größten Handelspartners Japans offenkundig gelernt. So sah man ihn in einem Tokyoter Park im Jogginganzug gemeinsam mit Japanern und im Baseball-Trikot bei einem symbolischen Wurf in einem Spiel in Kyoto. Letztlich war es auch der wirtschaftliche Bereich, auf den sich beide Seiten konzentrierten. Wen Jiabao kündigte an, den vor vier Jahren verhäng-

ten Einfuhrstopp für japanischen Reis aufzuheben und bekam im Gegenzug ebenfalls Importerleichterungen für chinesische Agrarprodukte in Aussicht gestellt. Langfristig arbeite man auf eine strategische Wirtschaftspartnerschaft hin, in deren Rahmen Handelsbarrieren fallen und gemeinsame Märkte entstehen sollen, hieß es.

Enormes Potenzial rechnet sich die japanische Wirtschaft insbesondere bei der angestrebten und von China auch angebotenen Kooperation im Energie- und Umweltsektor aus. In einer gemeinsamen Presseerklärung hieß es, man strebe eine verstärkte Zusammenarbeit in der Entwicklung energiesparender Technologien, neuer Energiequellen und allgemein im Umweltschutz an. China sicherte in diesem Zusammenhang auch zu, mehr für den Klimaschutz tun zu wollen, beließ es jedoch entgegen japanischer Hoffnungen bei allgemeinen Ankündigungen ohne jegliche bindende Verpflichtung. China setzt auf Technologietransfer aus Japan und damit auf eine qualitative Veränderung der japanischen Entwicklungshilfe, die sich in Japan selbst zunehmend in einer Legitimationskrise sieht.

Ferner hieß es in sehr allgemein gehaltenen Floskeln, man wolle den bilateralen Militärdialog stärken, gemeinsam auf eine denuklearisierte koreanische Halbinsel hinarbeiten, öfter hochrangige Gespräche zwischen beiden Regierungen führen, insbesondere Themen der Wirtschaft, des Handels und des Finanzwesens diskutieren und gemeinsam den Schutz geistigen Eigentums fördern.

Dennoch bleibt auch nach den Erfolgen Wens im Hinblick auf die politi-

sche Wetterlage zwischen den beiden asiatischen Wirtschaftsriesen doch einiges Tau-salz in der Suppe. Im Hinblick auf den Territorialdisput im Ostchinesischen Meer einigte man sich lediglich darauf, Wege suchen zu wollen, wie die dort vermuteten Bodenschätze gemeinsam ausgebeutet werden könnten. Auch die von Beijing gewünschte Unterstützung für einen Sitz Japans im UN-Sicherheitsrat blieb aus. Von japanischer Seite hingegen folgte man Beijings Wunsch nicht, in das Abschlussdokument einen Passus aufzunehmen, in dem die Unabhängigkeit Taiwans abgelehnt werden sollte. So zitierte die *Volkszeitung* denn auch ein Mitglied der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften mit den Worten, es werde ein langer und schwieriger Prozess sein, ein besseres Verhältnis aufzubauen. (NZZ, 12., 13.4.07; FAZ, 12.4.07; HB, 11.4.07; ST, 12., 14.4., 17.4.07; SCMP, 12.4.07)

China erstmalig als Beobachter auf SAARC-Gipfel

Auf dem 13. Gipfeltreffen der South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) im Jahr 2005 war beschlossen worden, der Volksrepublik China den Status eines Beobachters bei der Regionalorganisation einzuräumen. Insbesondere das in der SAARC dominierende Indien hatte sich mit dieser Entscheidung schwer getan. Umso größer dürfte die Freude auf chinesischer Seite gewesen sein, dass der scheidende chinesische Außenminister Li Zhaoxing seinen ersten Auftritt auf einem SAARC-Gipfeltreffen Anfang April 2007 ausgerechnet in Neu Delhi hatte.

China ist als Beobachterland jedoch nicht allein. In einem Akt des Interessen-

ausgleichs wurde im Jahr 2005 von den Mitgliedsstaaten Bangladesch, Bhutan, Indien, Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka und dem Neumitglied Afghanistan in Dhaka auch Japan als weiterem asiatischen Schwergewicht der Status eines Beobachters eingeräumt. Erstmals nehmen auf dem 14. Gipfeltreffen der im Jahr 1985 gegründeten südasiatischen Regionalorganisation überhaupt offiziell Beobachter aktiv teil – neben China und Japan auch Südkorea, die Vereinigten Staaten und die Europäische Union, die diesen Status im August 2006 erhalten hatten.

Li Zhaoxing preschte in seiner Grußadresse an die Teilnehmer des Gipfeltreffens vor und unterbreitete eine ganze Reihe von Vorschlägen, wie sich sein Land aktiv an der Entwicklung der Beziehungen zwischen China und der SAARC, aber auch innerhalb der SAARC-Region selbst beteiligen wolle. Li bemühte hier zunächst die bekannte Entwicklungsländerrhetorik, indem er die VR China wie die SAARC-Staaten als Teil der Gemeinschaft der Entwicklungsländer bezeichnete. In den konkreten Vorschlägen stellte er China jedoch als erfolgreiches Land dar, das bereit sei, andere am eigenen Lernerfolg auf dem Entwicklungspfad teilhaben zu lassen.

So lud der chinesische Außenminister dazu ein, an Programmen zur Entwicklung von Humanressourcen teilzunehmen, die China organisiert. Auch denke man in der VR China daran, spezifische bilaterale Ausbildungsprogramme für die Mitgliedsstaaten der SAARC aufzulegen. Chinesische Unternehmen sollen ermuntert werden, in den betreffenden Ländern zu investieren und dort insbesondere zur Entwicklung

von Energiesektor und Infrastruktur beizutragen.

Auf einer stärker gleichberechtigten Ebene – obgleich sich hier China ebenfalls als Vorbild betrachtet – regte Li Zhaoxing an, einen Kooperationsmechanismus zwischen seinem Land und der SAARC zu etablieren, in dem es um den Austausch von Erfahrungen im Hinblick auf die Armutsbekämpfung gehen soll. In ähnlicher Weise stellt sich die chinesische Regierung regelmäßige Treffen zum Thema Katastrophenbewältigung vor. Auch möchte die chinesische Regierung noch in diesem Jahr eine Delegation südasiatischer Diplomaten aus den SAARC-Ländern zu einem speziellen China-Besuch einladen und plant die Ausrichtung eines akademischen Track-II-Seminars über die Beziehungen zwischen China und der SAARC.

Diese proaktiven chinesischen Vorstöße sind innerhalb der südasiatischen Regionalorganisation keineswegs unumstritten und haben angesichts der Tatsache, dass China gerade erst als Beobachter zugelassen wurde, auch Befremden ausgelöst. Insbesondere der inoffiziell von chinesischer Seite in Aussicht gestellte finanzielle Beitrag zu einem vorgeschlagenen SAARC-Development-Fund stößt aus politischen Gründen auf Skepsis. Es bleibt ungeklärt, ob es Beobachtern erlaubt werden soll, sich hier in dieser Weise finanziell zu engagieren – und damit wohl auch größeren politischen Einfluss zu gewinnen.

Da China gute Beziehungen insbesondere zu Pakistan, aber auch zu Nepal und Sri Lanka unterhält, fürchtet vor allem Indien um seinen dominierenden Einfluss in der Staatengruppe. So heißt es in indi-

schen Kommentaren, die Bundesregierung sei wohl von dem chinesischen Aktivismus überrascht gewesen und hätte damit nicht gerechnet, als man im Jahr 2005 der Zulassung Chinas als Beobachter zugestimmt hatte. Offiziell wird diese skeptische indische Haltung gegenüber der VR China jedoch heruntergespielt und vielmehr das Potenzial der neu begründeten strategischen Partnerschaft zwischen beiden Staaten betont. (XNA, 3.4.07; *Hindustan Times* online, 4.4.07; IRNA online, 3.4.07)

US-Experte neuer chinesischer Außenminister

Am 27. April 2007 wurde mit Yang Jiechi ohne vorherige Ankündigung ein neuer Außenminister ernannt. Der 57-jährige Absolvent der London School of Economics hatte Mitte der 1970er Jahre als Dolmetscher von George H. W. Bush gearbeitet, als dieser Leiter des Liaison Office der Vereinigten Staaten in Beijing war. Von 2001 bis 2005 war Yang Botschafter der Volksrepublik China in den USA, danach als Vizeminister im Außenministerium tätig. Anders als seine Amtsvorgänger verfügt Li nicht über vielfältige Erfahrungen im diplomatischen Dienst der Volksrepublik, vielmehr spezialisierte er sich früh auf die Beziehungen zwischen China und den USA. Daraus wird allgemein abgeleitet, dass er ernannt wurde, um diesen teilweise schwierigen bilateralen Beziehungen – nicht zuletzt unterstützt durch hervorragende persönliche Verbindungen in den Vereinigten Staaten – neue Impulse zu geben. Eine Änderung der Politik der VR China ist jedoch kaum zu erwarten, da der Einfluss und Gestaltungsspielraum des zuständigen Ministers tradi-

tionell eher eng begrenzt ist. Richtungsentscheidungen werden zentral und kollektiv getroffen. Das Außenministerium bringt Stellungnahmen ein und fungiert ansonsten primär als Exekutivorgan.

Bereits seit Anfang dieses Jahres hatte es Gerüchte über die baldige Ablösung des ebenfalls als USA-Experte bekannten bisherigen Außenministers Li Zhaoxing gegeben, der im 67. Lebensjahr die Pensionierungsgrenze für Minister von 65 Jahren bereits im letzten Jahr überschritten hatte. Neben Yang Jiechi waren als mögliche Nachfolger auch der Repräsentant Chinas bei den Vereinten Nationen, Wang Guangya, sowie der chinesische Botschafter in Japan, Wang Yi, gehandelt worden. Die Umbesetzung wird allgemein im Zusammenhang mit größeren Kabinettsumbildungen im Vorfeld des Parteitagess im Herbst gesehen. (SCMP, 28.4.07; FT, 30.4.07; c3sindia.org, 22.5.07)

Verständnis für Aufrüstung der chinesischen Marine

Schenkt man Einschätzungen in Südostasien Glauben, so befindet sich die Region an der Schwelle zu einem Wettrüsten, in dessen Zentrum sich die chinesischen und indischen Anstrengungen zur Erweiterung ihrer U-Boot-Flotten befinden. Dem Vernehmen nach wollen beinahe alle Länder der Region – einschließlich des bitterarmen Bangladesch – bis Anfang der 2020er Jahre über eigene Unterseeboote verfügen oder ihre bestehenden Kapazitäten deutlich aufstocken.

Der Wunsch zur Aufrüstung mit U-Booten kommt nicht von ungefähr. Mit einem Jahrzehnt Unterbrechung befindet

sich die asiatisch-pazifische Region damit heute wieder an dem Punkt, an dem sie sich diesbezüglich unmittelbar vor der asiatischen Finanzkrise von 1997 schon einmal befunden hatte. Bereits damals gab es entsprechende Pläne der wirtschaftlich boomenden Länder der Region – allen voran die südostasiatischen Tigerstaaten. Was damals galt, ist heute nicht anders: Eine Aufstockung der Flotten insbesondere mit U-Booten soll der Absicherung der Seewege und Handelsrouten dieser extrem im- und exportabhängigen Volkswirtschaften dienen. Ob dies im Einzelfall rational begründet ist, sei dahin gestellt. Beobachter vertreten die Meinung, dass mit Ausnahme von Singapur wohl kein Land der Region über die notwendige militärische und logistische Infrastruktur verfügt, um U-Boote sinnvoll einzusetzen.

Verständnis für derartige Pläne wird zumindest Indien und noch mehr China entgegengebracht. Nach Informationen des Verteidigungsministeriums der Vereinigten Staaten verfügt China bereits über eine Flotte von 50 diesel- und fünf nuklearangetriebenen U-Booten. Fünf mit strategischen Kernwaffen bestückte Schiffe und weitere moderne Unterseeboote sollen in allernächster Zukunft die chinesische Marine verstärken. Zwar wird befürchtet, dass diese Modernisierung und Aufrüstung zu ähnlichen Entwicklungen in Japan und Südkorea führen könnte, doch wird Verständnis für die chinesische Politik in diesem Bereich sogar in hochrangigen Marinekreisen der USA geäußert.

Der US-Marinekommandeur in Japan, James Kelly, erklärte kürzlich gegenüber Reportern in Australien, es habe spätestens

im Oktober des vergangenen Jahres deutliche Signale aus China gegeben, dass die Marine des Landes zukünftig eine aktivere Rolle im Schutz der globalen Seewege suche und zu diesem Zweck ihre Reichweite deutlich ausweiten werde. Kelly spielte damit darauf an, dass im Oktober 2006 ein chinesisches Unterseeboot unerwartet in der Nähe eines US-amerikanischen Flugzeugträgerverbandes in internationalen Gewässern nahe Japan aufgetaucht war. Kelly zeigte angesichts der boomenden chinesischen Exportwirtschaft, die auch eine große Abhängigkeit von Rohstoffimporten aufweise, durchaus Verständnis für diese strategische Wende hin zur Vorwärtsverteidigung und zum eigenständigen Schutz der für China wichtigen Seerouten etwa nach Australien. Die Absenz der chinesischen Marine auf den Weltmeeren in der Vergangenheit müsse eher als ungewöhnlich angesehen werden als das derzeitige Streben zum Ausbau entsprechender Fähigkeiten. In dem Maße, wie die chinesische Wirtschaft wachse, so Kelly, würde man in China wohl auch die Notwendigkeit zum Schutz chinesischer Interessen weltweit erkennen. Allerdings wachse damit auch die Gefahr militärischer Zusammenstöße aufgrund von Fehlinterpretationen. Daher sei hier operationale Transparenz hinsichtlich der Schiffsbewegungen der großen Kriegsfлотten der Welt – zukünftig neben den USA also auch China – gefragt. (ST, 9.4.07; WSJ, 3.5.07; SCMP, 4.5.07)

China spielt aktive Rolle im Sudan

Bereits Anfang April kündigte sich an, dass China eine aktivere Rolle in der Lösung

des Darfur-Konflikts sucht als dies bis dato öffentlich erkennbar war. Ein Sondergesandter der chinesischen Regierung hielt sich zu einem viertägigen Besuch im Sudan auf, führte Gespräche mit der Staatsführung, den Gouverneuren von Nord- und Süd-Darfur und besuchte auch ein Flüchtlingslager. In einer Pressekonferenz zum Abschluss der Reise am 9. April 2007 erklärte der Gesandte Zhai Jun, die zentrale Frage im Darfur-Konflikt sei, wie der Drei-Stufen-Plan von Kofi Annan umzusetzen sei. Sanktionen insbesondere gegen im Sudan tätige ausländische Unternehmen, wie von den USA und Großbritannien gefordert, erteilte Zhai eine deutliche Absage. Diese würden u.a. auch chinesische Ölfirmen treffen.

Wenig später akzeptierte die Regierung des Sudan prinzipiell den von Annan vorgelegten Plan. Von chinesischer Seite wurde daraufhin bekannt gemacht, dass diese neue Flexibilität und das Einlenken direkt auf den chinesischen Einfluss zurückzuführen sei. Neben der Entsendung von UN-Friedenstruppen – geplant ist eine Truppenstärke von 3.000 Mann – sind auch Hilfen vorgesehen. China will sich mit einem Kontingent von 275-300 Ingenieuren beteiligen.

Das Engagement Chinas wurde auch vom US-amerikanischen Außenministerium gewürdigt, während Medienkommentare einen Zusammenhang mit Aufrufen zum Boykott der Olympischen Spiele in Beijing 2008 herstellten, die in der jüngsten Vergangenheit im Hinblick auf Chinas vermeintlich negative Rolle im Darfur-Konflikt laut geworden waren. Diese Interpretation dürfte jedoch kaum haltbar sein. Auf chinesi-

scher Seite ist man sich seit längerer Zeit darüber im Klaren, dass schwelende Konflikte wie die Darfur-Krise in Ländern, die Ziel erheblicher chinesischer Investitionen geworden sind, den eigenen Interessen nach einem stabilen Umfeld entgegenstehen. Schließlich ist die VR China Abnehmer von ca. 60% der sudanesischen Ölproduktion. Während seines Besuchs im Sudan im Februar 2007 hatte Hu Jintao die sudanesischen Regierung bereits gedrängt, der UNO eine größere Rolle in der Lösung der Darfur-Krise einzuräumen. Ferner hatte China insgesamt humanitäre Hilfen im Umfang von ca. 10 Mio. USD in Aussicht gestellt und zum kleineren Teil auch bereits freigegeben.

Dass die chinesische Regierung mit ihrer stillen Diplomatie im Sudan eine graduelle Wende weg von ihrer Prämisse der Nichteinmischung vollzogen hat, wie einige Kommentatoren auch meinten, ist ebenfalls wenig plausibel. Zum einen übte die chinesische Diplomatie im möglichen Rahmen schon immer auch subtilen Einfluss auf die Regierungen schwächerer Partnerländer aus. Zum anderen hat nun die sudanesischen Regierung selbst der Truppenstationierung zugestimmt, was von chinesischer Seite immer als Vorbedingung für den Einsatz von UN-Truppen gefordert worden war.

Allerdings ist durchaus davon auszugehen, dass sich Beijing anschickt, längerfristig größeren Einfluss in der Region auszuüben. Dafür spricht auch die Einrichtung der Position eines Sonderbeauftragten der chinesischen Regierung für Afrika. Auf diesen Posten wurde am 12. Mai 2007 der ehemalige Botschafter Chinas in Simbabwe

und Südafrika, Liu Guijin, berufen. Nur zehn Tage später begab sich dieser in den Sudan und besuchte auch Darfur, wo er die Versendung der chinesischen Hilfslieferungen ankündigte. XNA, 9.4., 12., 23.5.07; SCMP, 12.4., 9.5.07; WSJ, 12.4., 8.5.07; ST, 10.5.07; FT, 12.4., 11.5.07; Xinhua, 9., 11.4.07, nach BBC PF, 11., 13., 14.4.07)

KP wirbt mit neuen Erleichterungen um Taiwan

Am 28. und 29. April 2007 fand in Beijing das so genannte Cross-Strait Economic, Trade, and Cultural Forum statt. Es war der dritte derartige Kongreß, dessen regelmäßige Durchführung die Kommunistische Partei Chinas gemeinsam mit der Guomin Dang (GMD, oder Kuomintang KMT), der einstigen Gegnerin im chinesischen Bürgerkrieg und heutigen größten Oppositionspartei Taiwans, vor zwei Jahren beschlossen hatte. Die beiden Spitzenpolitiker Hu Jintao und Lian Zhan (Lien Chan), Ehrenvorsitzender der GMD, die im Jahr 2005 den Beschluss herbeigeführt hatten, waren auch diesmal auf dem Forum anwesend und demonstrierten eine politische Nähe, die zu Regierungszeiten der GMD in Taiwan kaum denkbar gewesen wäre.

Offiziell veranstaltet nicht von den beiden politischen Parteien selbst, sondern vom Büro für Taiwan-Angelegenheiten unter dem ZK der KPCh auf Festlandseite und der Kuomintang National Policy Foundation, nutzte die chinesische Regierung das Forum zur Ankündigung eines 13 Punkte umfassenden Maßnahmenkatalogs zur Erleichterung der wirtschaftlichen und zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße. Bieten

diese Maßnahmen durchaus neue Möglichkeiten für taiwanische Unternehmen sowie Reiseerleichterungen und einen verbesserten Zugang zum Bildungs- und Arbeitsmarkt auf dem chinesischen Festland, so ist diese Politik keineswegs frei vom Eigeninteresse auf Seiten Beijings.

Im Einzelnen wurden von verschiedenen zuständigen chinesischen Ministerien u.a. die folgenden Schritte angekündigt:

- Höhere Bildungsinstitutionen in Taiwan sollen künftig nach Beijings Willen Studenten vom Festland rekrutieren dürfen.
- Vom 15. Mai an sollen Taiwaner auch die Städte Guangzhou, Qingdao und Wuhan als Einreisehäfen nutzen dürfen.
- Transportunternehmen aus Taiwan soll es zukünftig gestattet sein, in China Joint Ventures und Tochterunternehmen zu gründen.
- Unternehmen aus Taiwan sollen ermutigt werden, Direktinvestitionen im Bereich des Baus und des Betriebs von Hafenanlagen und Autobahnen zu tätigen.
- Beginnend mit dem 1. Mai 2007 dürfen taiwanische Fluggesellschaften, die Charterflüge zwischen Taiwan und dem Festland anbieten, nun auch Verkaufsbüros und Ticketagenturen in den angeflogenen chinesischen Städten eröffnen.
- Nanjing, Chengdu, Hangzhou, Shenzhen, Dalian und Guilin sollen sukzessive neue Destinationen für direkte Charterflüge aus Taiwan werden.
- Fünf Bildungseinrichtungen werden unter der Aufsicht der chinesischen zivi-

len Luftfahrtsverwaltung für Studenten aus Taiwan geöffnet, und Flugzeugtechniker aus Taiwan sind aufgerufen, sich in China um Stellen in der Flugzeugwartung zu bewerben.

- Taiwanische Fluggesellschaften sind aufgerufen, ihre Kooperation mit Partnern in China auszubauen, namentlich in den Bereichen Flugzeugwartung, Lagerung von Luftfracht, Marktentwicklung und Code Sharing.
- Für 15 Berufe sollen speziell für Taiwaner Qualifikationsprüfungen eingeführt werden. Dazu zählen Buchhalter, Hardware- und Softwareingenieur, Übersetzer, Immobiliengutachter, Immobilienmakler.

Aus der Zusammensetzung der angekündigten Maßnahmen wird sehr deutlich, dass es sich dabei einerseits um vereinfachte und ausgeweitete bilaterale Verkehrsverbindungen handelt, die der bereits bestehenden Nachfrage gerecht werden. Andererseits geht es jedoch um Vorstöße im Eigeninteresse der Wirtschaft der Volksrepublik. So werden Investitionen in die moderne Verkehrsinfrastruktur und die Beschäftigung hochqualifizierter Taiwaner in Mangelberufen und Schlüsselfunktionen der Wirtschaft ermöglicht. Da es sich hier um Absprachen zwischen der KP bzw. der Regierung der VR China und der taiwanischen Oppositionspartei GMD handelt, kommt diesen jedoch keinerlei bindende Wirkung zu. Es ist zu erwarten, dass die Regierung in Taiwan hier reserviert reagiert. Zu erwarten ist allerdings auch, dass sich große Teile des vorgestellten Maßnahmenkatalogs auch ohne Zutun Taiwans realisieren werden, weil hier Angebote vom Festland auf Nachfrage

in Taiwan treffen. (XNA, 29.4.07; Xinhua, 29.4.07, nach BBC PF, 1., 2.5.07)

China reagiert gereizt auf Kritik des Bundestages

Mitte Mai 2005 gab es aus dem chinesischen Außenministerium scharfe Kritik am deutschen Bundestag, der sich mit einer Resolution ungebührlich in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik eingemischt hätte. Vorausgegangen war am 10. Mai die Verabschiedung eines interfraktionellen Antrags, mit dem die Abgeordneten die Bundesregierung aufforderten, ihrerseits von China die Abschaffung von Umerziehungslagern zu fordern und diese Position auch in den Menschenrechtsdialog zwischen der Europäischen Union und China aufzunehmen.

Umerziehung durch Arbeit (*laogai*) im chinesischen Strafsystem sowie die ebenfalls mit Zwangsarbeit verbundene so genannte Administrativhaft (*laojiao*) stehen neben der exzessiven Verhängung der Todesstrafe seit langem im Zentrum der Kritik am chinesischen Strafrechtssystem. Und immer ruft derartige Kritik scharfe Ablehnung auf chinesischer Seite hervor. Die Argumente, die von der chinesischen Regierung ins Feld geführt werden, sind hinreichend bekannt: Das System der Umerziehung durch Arbeit stehe auf solider gesetzlicher Grundlage und leiste einen wichtigen Beitrag zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und zur Kriminalitätsprävention. Im Übrigen seien die persönlichen und bürgerlichen Rechte und auch die Würde der Inhaftierten gewahrt.

Die internationale Kritik fokussiert im Vorfeld der Olympischen Spiele zuneh-

mend auf die Administrativhaft, die ohne Gerichtsbeschluss von den Sicherheitsbehörden für bis zu vier Jahre verhängt werden kann. Amnesty International befürchtet, dass dieses mittlerweile auch in China öffentlich kritisch hinterfragte Instrument im nächsten Jahr dazu dienen könnte, die Straßen der Hauptstadt von Kleinkriminellen, Obdachlosen etc. zu säubern.

Trotz deutscher EU-Präsidentschaft war das Thema Umerziehung durch Arbeit offensichtlich nicht Thema der 23. Runde des EU-China-Menschenrechtsdialogs, die am 15. und 16. Mai in Berlin stattfand. China betonte in diesem Zusammenhang gegenüber der EU vielmehr seine Erfolge in der Beschleunigung der menschenrechtsrelevanten Gesetzgebung, in der Vertiefung der Refom seines Rechtssystems und strich Anstrengungen im Zusammenhang mit der Herstellung verstärkter Transparenz der Regierungsgeschäfte heraus. (HB, 10.5.07; Das Parlament, 14./21.5.07; Amnesty International, ASA 17/015/2007, April 07; XNA, 15., 17.5.07)

Medienkooperation gegen westliche Dominanz

Die chinesische Regierung fördert seit längerem systematisch die Verbreitung chinesischer Medieninhalte sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus politischen Gründen. Zwei Beispiele von April und Mai 2007 stehen stellvertretend für die Strategie des Going Global im staatlichen chinesischen Mediensektor.

Im Mai fanden Gespräche zwischen China Central Television (CCTV) und der Zimbabwe Broadcasting Holding (ZBW) in Beijing statt. Nach Auskunft des Vize-

präsidenten des zentralstaatlichen chinesischen Fernsehens, Zhang Changming, ging es dabei darum, die bestehende Kooperation weiter auszubauen. Zhang bedankte sich insbesondere dafür, dass die Regierung von Zimbabwe es ermöglicht habe, chinesische Programme über die Kanäle der ZBW auszustrahlen und so chinesische Staatsbürger mit Informationen aus dem Heimatland zu versorgen.

China offerierte Zimbabwe aber auch die Möglichkeit eines weiteren Austauschs von Programmen, die sich an die Konsumenten in beiden Ländern richten sollen. Damit wolle die chinesische Seite das westliche Monopol der internationalen Berichterstattung über Zimbabwe und Afrika im Allgemeinen aufbrechen helfen. Die Anstrengungen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Zimbabwes würden nicht zuletzt durch die negative Berichterstattung in westlich dominierten Medien behindert. Zwischen beiden Seiten herrscht hinsichtlich der Rolle und Aufgabe der Massenmedien offensichtlich große Übereinstimmung. China offerierte Zimbabwe auch Fortbildungsangebote für Medientechniker und Journalisten.

Bereits im April war der Vizepräsident der chinesischen Behörde für Radio, Film und Fernsehen, Tian Jin, zu Gast in Mexico City, um über eine Kooperation mit dem größten Medienkonzern des Landes, der Grupo Televisa zu verhandeln. So sind offenbar die Modalitäten dafür ausgelotet worden, mexikanische Soap Operas in China auszustrahlen und im Gegenzug chinesische Programme über die Radio- und Fernsehkanäle dem mexikanischen Publikum zugänglich zu machen. Insbesondere

ging es jedoch um mögliche Kooperationsformen im Zusammenhang mit den medialen Großereignissen in China in naher Zukunft – die Olympischen Sommerspiele im Jahr 2008 und die Expo im Jahr 2010 in Shanghai. Es ist absehbar, dass China es sich nicht nehmen lassen wird, die Berichterstattung darüber und damit auch über das eigene Land zu dominieren und durch Kooperationsabkommen über die Berichterstattung durch ausländische Medien auch verstärkt eigene Inhalte in Auslandsmedien zu platzieren und damit das China-Bild im Ausland aktiv zu gestalten. Eine jüngst erfolgte erhebliche Aufstockung der betroffenen Etats ist deutliches Indiz dafür. (WSJ, 16.4.07; XNA, 22.5.07)

Innenpolitik

Katrin Willmann

Weitere Weichenstellungen für nächste Führungselite

Die Welle der Um- und Neubesetzungen in der politischen Führungsebene im Vorfeld des 17. Parteitag der KPCh im Herbst 2007 setzte sich im April und Mai 2007 fort. Wichtige Ämter wurden in drei der vier regierungsunmittelbaren Städte Tianjin, Shanghai und Beijing neu besetzt. Der Parteikongress in der vierten Stadt Chongqing wird vor dem Herbst ebenfalls noch einen neuen Vorsitzenden wählen. Traditionsgemäß werden den Parteisekretären der regierungsunmittelbaren Städte, die den Status eines Ministerialranges haben, zugleich Posten im Politbüro zugewiesen. Diese Personalien standen deshalb im Blick-

punkt der medialen Berichterstattung, zumal mit einigen Neubesetzungen im Politbüro während des kommenden Parteitages zu rechnen ist.

Eine weitere – unrühmliche – Gemeinsamkeit von Tianjin, Shanghai und Beijing liegt darin, dass alle drei Städte im vergangenen Jahr aufgrund von Korruptionsfällen auf höchster Ebene Schlagzeilen machten. Darin dürfte auch ein wichtiger Grund liegen, weshalb einige Positionen nun mit Außenstehenden besetzt wurden, die nicht in die lokalen Netzwerke eingebunden sind. Zhang Gaoli, früherer Parteisekretär der Provinz Shandong, wurde zum Parteisekretär von Tianjin ernannt. Sein Vorgänger und Politbüromitglied, Zhang Lichang, ist seither stellvertretender Direktor der Führungsgruppe zur Wiederbelebung der nordostchinesischen Region, die dem Staatsrat direkt untersteht. Zhang Gaoli war jahrelang außerhalb Shandongs in der südchinesischen Provinz Guangdong politisch aktiv.

In Shanghai ersetzt Xi Jinping den Interims-Parteisekretär Han Zheng, der nach dem Rücktritt von Chen Liangyu im Zuge des Pensionsskandals im Sommer vergangenen Jahres dieses Amt vorübergehend übernommen hatte. Xi zählt nicht zur Clique um Chen Liangyu. Zahlreiche Mitglieder müssen sich derzeit für ihre Verwicklungen in den Korruptionsskandal verantworten. Er bekleidete zuvor das Amt des Parteisekretärs der prosperierenden Nachbarprovinz Zhejiang. In den Medien wurde Xi als einer der neuen Stars in der Führungsebene gefeiert.

Ein weiterer Personaltransfer vollzog sich von Shanghai nach Beijing. Wang Anshun wurde zum stellvertretenden Partei-